

Haushaltsrede 2026 – CDU-Fraktion Vallendar

Vallendar, 04.Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen heute nicht vor einem normalen Haushalt. Wir stehen vor einem Spiegelbild eines Systems, das an seine Grenzen gekommen ist. Die Tabellen stimmen, die Rundungen passen, der Ergebnishaushalt ist formal ausgeglichen – doch hinter dieser Oberfläche sieht es anders aus. Wir haben in den letzten Wochen alle Fragenkataloge geprüft – unseren, den der SPD, den der FWG. Wir haben die Stellungnahmen der Verwaltung studiert. Wir sind tief eingestiegen in **einen Haushalt, der sehr deutlich zeigt, wie kaputt das System der kommunalen Finanzen geworden ist!**

Dafür können weder Sie, Herr Bürgermeister, noch Herr Hollerbach und sein Team etwas. Und doch **Mir fehlt hier das gemeinsame Aufbegehren ALLER Bürgermeister gegenüber dem Land. Nicht als Vorwurf, sondern weil wir gemeinsam am Ende unserer Belastbarkeit stehen.“**

Und das Bild, welches sich mir zeichnet, ist klarer als jede einzelne Zahl:

Der Verbandsgemeinderat entscheidet am Ende über drei Prozent dieses Haushalts. Drei Prozent – wenn überhaupt. Vielleicht nicht buchhalterisch, wird der Bürgermeister im Anschluss sich wehren wollen, aber ganz klar politisch und das ist nicht von der Hand zu weisen!

Die restlichen 97 Prozent sind festgelegt:

- durch Umlagen,
- durch gesetzliche Vorgaben,
- durch Standardanforderungen,
- durch Personalkosten,
- durch Verträge,
- und durch Aufgaben, die uns das Land übertragen hat, ohne sie zu finanzieren
(Stichwort Konnexität und ein CDU - Antrag)

Wer so tut, als könne der Rat „alles steuern“, erzählt Geschichten. Die Wahrheit ist eine andere: **Wir verwalten den Mangel. Und die Ortsbürgermeister – und wir hier – werden zu Mangelverwaltern gemacht.**

1. Die Fragenkataloge – ein System ohne Übersicht

Alle Fraktionen haben gefragt. Und alle Antworten haben dasselbe gezeigt: Das Zahlenwerk ist so groß, dass man sehr schnell die Übersicht verliert und nicht mehr weiß, wo die Zahlen herkommen und vor allem, wo diese herkommen sollen. **Das ist kein Vorwurf – das ist ein Symptom.** Viele Themen sind seit Jahren ungelöst – und niemand steuert gegen. Der tatsächliche Gestaltungsspielraum: **MINIMAL** Das war früher anders. Es gab Zeiten, in denen Kommunen über 30 oder 40 Prozent ihrer Mittel selbst gestalteten. Heute verwalten wir Reste.

2. Die Umlagen – die stille Aushöhlung

Wir zahlen im kommenden Jahr: → fast 10 Millionen Euro Kreisumlage

Und: → **Anwachsen der VG-Umlage**, obwohl der Satz gleich bleibt.

Das System funktioniert so: Alles, was wir zusätzlich einnehmen, geht automatisch „nach oben“. Und unten bleibt – nichts. So entsteht keine kommunale Selbstverwaltung. So entsteht kommunale Erschöpfung. Alleine hier fehlt mir das Selbstbewußte aufbegehren eines Bürgermeisters, der zum Landrat mit seinen Kollegen geht und diesem mitteilt, dass wir am Ende sind.

Ein Landrat, der – nach Medienberichten – für 60.000 Euro ein neues Logo entwickeln lässt, hat das Gefühl für die Realität verloren. Und die Erhöhung auf 47% damit zu begründen, damit man gegen das Land klagen kann, ist mehr Ausrede als Sachverstand.

Wann sagen wir als kommunale Familie gemeinsam: Stopp – so geht es nicht weiter? Das Problem ist nicht Vallendar. Das Problem ist Rheinland-Pfalz:

- nicht eingehaltene Konnexität,
- ein unterfinanzierter Finanzausgleich,
- wachsende Standards ohne finanziellen Ausgleich,
- und ein Umlagesystem, das die falschen Ebenen stärkt.

3. Der Investitionsstau – 3,3 Mio. Euro vs. 30.000 Euro

Im Vorbericht steht es schwarz auf weiß:

3,3 Millionen Euro akuter Unterhaltungsbedarf.

Eingestellt im Haushalt 2026: 30.000 Euro. Wir kleben auf alles ein Post It, auf dem steht: „Vielleicht nächstes Jahr.“ Das ist gegen jede Regel der Zukunftsgestaltung und lädt Schulden auf die Schultern unserer Kinder und Enkel. Und wir wissen alle: Aufschieben spart kein Geld. Aufschieben verteuert alles. Der Investitionsstau steht ebenso in den Schulden in der Gemeinde, denn der Wertverlust wird gerne ignoriert. Ich sehe ein, das Geld ist nicht da, es versickert in Personalkosten und Umlagen, damit werden Werte zerstört, die unsere Vorfahren mühsam in den Jahrzehnten nach 45 aufgebaut haben.

4. Personalkosten – der zweite große Kipppunkt

Jetzt kommen wir zum zweiten strukturellen Thema: Personal. Die Personalkosten steigen um 22 Prozent in zwei Jahren. Das sind +1,27 Millionen Euro. Aufgaben steigen, Standards steigen, Landesvorgaben steigen. Viele Fachbereiche arbeiten im Dauerstress. Das ist keine Kritik – das ist eine Realität.

Die Personalkostenentwicklung wurde nicht aktiv gesteuert.

- Aufgaben wurden übernommen, ohne alte Aufgaben abzugeben.
- Stellen wurden weitergeführt, obwohl sich Zuständigkeiten verschoben haben.
- Höhergruppierungen laufen, ohne strategischen Rahmen.
- Doppelstrukturen wurden nie systematisch geprüft.
- Wir digitalisieren Abläufe – aber wir digitalisieren nicht die Entlastung.

Das ist keine Böswilligkeit diese Punkte hier anzusprechen, sondern wir wissen, dass die Verwaltung nur noch reagiert und überfordert ist und nicht mehr gestaltet. Das ist ein stiller Hilferuf. Ich höre diesen: **Sie sagt uns als Rat: „Wir brauchen endlich Steuerung. Wir brauchen Prioritäten. Wir brauchen Strukturen.“**

Und genau das fordern wir heute ein. Denn wenn selbst die Verwaltung sagt: „Wir kommen an Grenzen.“, dann muss die Politik handeln. Und die Auflistung der Sachkosten zeigt unmissverständlich – Widersprüche bleiben stehen. Die Stellungnahme an uns konnte zentrale Punkte nicht ausräumen: **Das alles zeigt: Wir brauchen nicht mehr Tabellen – wir brauchen mehr Steuerung.**

5. Ergebnishaushalt – nur durch Auflösung von Rückstellungen ausgeglichen

Der leichte Überschuss existiert nur, weil wir:

- Sonderposten auflösen
- Rückstellungen auflösen

Das ist sauber gerechnet, aber: Das ist kein solides Ergebnis. Das ist ein Schönwetter-Ergebnis. Gleichzeitig:

- 2,258 Millionen Euro neue Kredite,
- steigende Zinsen,
- wachsende Risiken.

Das ist kein Weg in die Zukunft. Das ist ein Weg in eine Haushaltsklemme.

Abschnitt: Freiwillige Leistungen – der gerne bemühte Sündenbock

Ein Thema muss ich an dieser Stelle klar ansprechen, weil es seit Jahren immer wieder wie ein Schatten durch die Debatten wandert – mal leise, mal sehr deutlich zwischen den Zeilen des Bürgermeisters: Die Idee, man könne ja „bei den freiwilligen Leistungen sparen“. Ich sage es deutlich und ohne jede Umschweife: Nein. Kann man nicht. Und vor allem: man sollte es nicht.

Erstens, weil die freiwilligen Leistungen im Verhältnis zum Gesamtvolumen des Haushaltes praktisch keine Rolle spielen. Wir reden hier nicht über Millionen – wir reden über minimale Beträge, die im Vergleich zu Umlagen, Personal oder Unterhalt nicht einmal im Promillebereich liegen.

Zweitens, weil diese Ausgaben seit Jahren stabil sind. Hier ist nichts explodiert, hier gibt es keinen Kostendruck, hier findet keine stille Ausweitung statt. Dieser Bereich ist nicht das Problem – und war es nie.

Drittens – und das ist mir persönlich wichtig – diese sogenannten „freiwilligen Leistungen“ sind in Wahrheit Teil der kommunalen Daseinsfürsorge. Worum geht es eigentlich? Es geht um: Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Kultur und Vereine, Ehrenamt, Familienangebote, Bildungsergänzungen, Veranstaltungen, die Menschen verbinden und soziale Strukturen, die sonst niemand finanziert.

Wenn man dort spart, spart man nicht Luxus ein – man spart Lebensqualität, man spart Zusammenhalt, man spart Zukunft. Wir unterscheiden uns als Kommune doch gerade dadurch von einem reinen Verwaltungsapparat, dass wir ein soziales, kulturelles und lebensnahes Angebot für Kinder, Jugendliche, Familien und Vereine ermöglichen.

Und deshalb sage ich es bewusst klar: Wer freiwillige Leistungen streicht, spart am falschen Ende und beschädigt das, was unsere Orte lebenswert macht. Es ist viel zu einfach, bei den kleinsten Beträgen anzusetzen, weil man sich nicht traut, über die wirklichen strukturellen Probleme zu reden:

- die ausufernden Umlagen,
- die Überforderung der Kommunen durch das Land,
- die Standards ohne Gegenfinanzierung,
- die fehlende Priorisierung im Haushalt,
- die unklar entwickelten Personalkosten.

Die freiwilligen Leistungen sind nicht das Problem dieses Haushalts. Sie sind das, was übrig bleibt, nachdem das System uns bereits 97 Prozent des Spielraums genommen hat. Und genau deshalb stehen wir – als CDU-Fraktion – dafür ein, dass diese Bereiche geschützt bleiben.

6. Die strukturelle Wahrheit: Rheinland-Pfalz hat ein Kommunalsystemproblem

Es wäre unehrlich, nur über die VG zu reden. Denn das größte Problem dieses Haushalts ist nicht hier entstanden. Es ist ein Systemfehler:

- Das Land überträgt Aufgaben, aber keine Mittel.
- Standards steigen – Finanzmittel sinken.
- Schulträger stecken in einer Dauerunterfinanzierung.
- Kreis und Kommunen stehen finanziell im Wettlauf, den niemand gewinnt.
- Das Land verschiebt die Verantwortung auf die kleinsten Ebenen.

Wir müssen das offen sagen: Vallendar hat kein Haushaltsproblem. Vallendar hat ein strukturelles Landesproblem. **Das kommunale Finanzierungssystem in Rheinland-Pfalz ist kaputt.**

7. Die demokratische Ehrlichkeit – das müssen wir heute sagen

Bürgerinnen und Bürger glauben zu Recht, dass Kommunalpolitik etwas bewegen soll. Aber sie glauben oft, wir hätten viel mehr Einfluss, als wir tatsächlich haben. Das erzeugt Enttäuschung, Frust und Politikverdrossenheit. Ich werde das nicht deckeln, ich werde das nicht beschönigen:

Wir können nur entscheiden, was uns übrig bleibt. **Und das sind drei Prozent.** Diese Wahrheit auszusprechen ist keine Schwäche – es ist unsere Pflicht.

8. Die politische Konsequenz der CDU

Deshalb sage ich heute: **Dieser Haushalt ist nicht zustimmungsfähig.** Nicht, weil die Verwaltung nicht sauber gearbeitet hätte – sie hat sauber gerechnet. Sondern weil:

- der Haushalt keine Zukunft steuert,
- der Haushalt keine Prioritäten setzt,
- der Haushalt überfordert ist,
- der Haushalt Risiken verschiebt,
- der Haushalt die Gemeinden ausbluten lässt,
- und der Haushalt die zentralen Probleme nicht löst.

Ich werde das nicht abnicken. Und jeder der heute zustimmt, muss sich bewusst sein, dass man stillschweigend einem kaputten System zustimmt. Ich bin mir aber sicher, jeder weiss das und ein jeder wägt ab.

9. Unser Angebot

Nun will meine Fraktion und ich kein Quertreiber sein, meine Ablehnung heute, wird wahrscheinlich nur einen symbolischen Charakter haben. Wir stehen bereit – jederzeit – für:

- eine klare Prioritätenliste 2026–2030
- eine Unterhaltsstrategie für Gebäude
- ein strukturiertes Personalentwicklungskonzept
- eine Effizienzstrategie für Digitalisierung
- eine saubere Abgrenzung von Pflichtaufgaben
- eine Initiative für eine Reform der Umlagen
- eine ehrliche Haushaltssteuerung mit verlässlichen Daten

Wir stehen bereit für eine AGENDA Vallendar 2030

Aber wir stehen nicht bereit, einen Haushalt zu beschließen, von dem wir wissen, dass er in zwei Jahren kippt.

Schlusswort

Ein Haushalt ist kein PDF, das man durchklickt. Ein Haushalt ist das Fundament einer Region. Und ein Rat darf nicht so tun, als hätte er Handlungsspielraum, wenn ihm keiner bleibt. Und wir können uns keine Zukunft leisten, die auf Sand gebaut ist. Deshalb sagte ich als CDU-Fraktionsprecher heute – ruhig, klar und aus Verantwortung:

Ich lehne den Haushaltsentwurf 2026 ab.

Vielen Dank.